

Analyse

Russlands Stimme ertönt in Serbien

Dušan Reljić, Berlin

Zusammenfassung

Die derzeitige Stärkung des russischen Einflusses in Südosteuropa und insbesondere in Serbien beruht auf zwei Pfeilern: Zum einen verfügt Belgrad über keinen anderen relevanten politischen Verbündeten auf der internationalen Szene nachdem sich der Westen, unter der Regie der USA, auf die Seite der Albaner im Konflikt ums Kosovo gestellt hat. Zum anderen wird Moskau durch den Bau der »South Stream« Erdgasleitung, die auch durch Serbien führen soll, für die Energiesicherheit in der Region zum entscheidenden Faktor. Zugleich ist das Verhältnis Belgrads zu Washington so schlecht wie zuletzt nur 1999, als die USA die NATO-Bombardierung Serbiens in Gang setzten. Ebenso ist das Verhältnis Serbiens zur EU in eine Sackgasse geraten: Weder kann Belgrad weitere vertragliche Beziehungen mit Brüssel eingehen, ohne den Anspruch auf Kosovo fallen zu lassen, noch können die meisten Staaten der EU von ihrer Anerkennung der Sezession Kosovos abrücken.

Russland und Serbien – keine einfache Geschichte

Die Stimmen des orthodoxen Russlands werden im kommenden Juli in ganz Serbien ertönen. So sieht das zwischenstaatliche Abkommen vor, das Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde. Drei »Top-Chöre« aus Moskau und eine Anzahl russischer Solisten werden mehrere serbische Städte bereisen und unter freiem Himmel und kostenlos ihren Gesang darbieten. Gefördert werden die Auftritte, im Sinne der Pflege der traditionellen »kulturellen und geistigen Verbindungen«, vom Moskauer Internationalen Fonds für die Einheit orthodoxer Länder.

So viel Verbundenheit zwischen Belgrad und Moskau gab es schon seit 1948 nicht mehr. Damals hatte Stalin das kommunistische Jugoslawien mit seinem Anathema belegt, als sich Tito der Unfehlbarkeit Moskaus nicht unterordnen wollte. Fortan ging es Belgrad und Moskau im gegenseitigen Verhältnis lediglich um die Wahrung ihrer eigenen, oft gegensätzlichen Interessen: Russland war der östliche Hegemon und Belgrad gehörte zu den Pionieren der blockfreien Bewegung. Von Förderung der »geistigen Verbindungen« und anderen besonderen Gefühlen war nicht die Rede. Im Gegenteil, die Jugoslawische Volksarmee, lange Zeit die viertgrößte militärische Kraft in Europa, übte fleißig nicht nur die Verteidigung der westlichen sondern auch der östlichen Grenzen. Zugleich konnte Jugoslawien auf Kredite und Waffen von beiden Blöcken rechnen. Im Kalten Krieg war es Moskau und Washington daran gelegen, Jugoslawien an die andere Seite »nicht zu verlieren«. Die Stabilität Jugoslawiens war für die Statik Europas, wie es Mitte der achtziger Jahre der damalige deutsche Kanzler Helmut Kohl beschrieb, von entscheidender Bedeutung.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Untergang des Warschauer Pakts veränderte sich die Statik Europas – und somit stand die Stabilität Jugoslawiens auf einmal zur Disposition. Der Westen fand Verbündete in den früheren Kommunisten Sloweniens und Kroatiens, die ruckartig zu Demokraten mutierten. Moskau setzte auf den serbischen Despoten Slobodan Milošević. Im Verlauf der jugoslawischen Nachfolgekriege (Slowenien 1991 bis Mazedonien 2001) musste jedoch Russland die enttäuschende Erfahrung machen, dass es nicht über das politische und militärische Potenzial verfügt, seine Macht in diesen Teil Europas zu projizieren. Während des langen Jahrzehnts der Konflikte war Moskau andauernd bemüht, Einfluss auf die diplomatischen und militärischen Maßnahmen zu erlangen, mit denen externe Akteure auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien intervenierten. In der Regel konnten die USA ihren Willen durchsetzen, selten mit Rücksicht auf die Partner in der EU oder gar auf Russland. Die Frustration Moskaus erreichte im Frühjahr 1999 einen Höhepunkt, als die USA sich über alle Proteste Russlands hinwegsetzten und Serbien über drei Monate lang von der NATO bombardieren ließen.

Russische Erfahrungen und westliche Ignoranz

Russlands Erfahrung in Südosteuropa verbitterte Wladimir Putin: Wer schwach ist, erfuhr er, wird von den Starken geschlagen und getreten. Die Schlussfolgerung für den Kreml war klar: Nie wieder sollte Russland schwach sein wie in der Zeit Boris Jelzins. Gerade weil Russland im Jahre 1999 so kläglich daran gescheitert war, die USA davon abzubringen, die NATO-Kriegsmaschinerie gegen Serbien einzusetzen, wurden die

diplomatischen Auseinandersetzungen seit dem Herbst 2005 um den zukünftigen Status der serbischen Provinz Kosovo zu einem vordringlichen Thema für Moskau. Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum spielen in diesem Zusammenhang für Moskau eine zweitrangige Rolle. Es geht Russland vor allem darum, sich auf gleicher Augenhöhe mit den USA auf der weltpolitischen Szene anerkannt zu sehen.

Seltsamerweise wurde die offen zutage liegende Empfindlichkeit Moskaus in Bezug auf das Kosovo-Thema von westlichen Diplomaten nicht zur Kenntnis genommen. Der Finne Martti Ahtisaari und sein österreichischer Stellvertreter Albert Rohan winkten nur ab, als sie gefragt wurden, ob sie tatsächlich erwarteten, dass Moskau ohne weiters ihrem Plan für Kosovo zustimmen wird. Als UN-Unterhändler hatten sie dem Drang der Kosovo-Albaner nach Sezession entsprochen, indem sie einen Plan zur »beaufsichtigten Unabhängigkeit« der Provinz Anfang 2007 vorlegten. Dabei hatten Präsident Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow schon ein Jahr früher, nach Gesprächen mit der ranghohen US-Diplomatin Rosemary DiCarlo im Kreml, Russlands Position mit aller Deutlichkeit bekundet: Für Moskau komme nur eine von Serben und Albanern einvernehmlich erreichte Regelung für Kosovo in Frage. Mit anderen Worten, für Russland war zu keinem Zeitpunkt die Abtrennung Kosovos gegen den Willen Belgrads eine annehmbare Option.

Zwar bezeichnete nachträglich der US-Chefunterhändler für Kosovo, Robert Wisner, die Weigerung Russlands die Washingtoner Linie in Bezug auf Kosovo zu folgen als »unbelievably regrettable«, aber die USA wichen in ihrer Unterstützung für die albanische Sache in Südosteuropa keinen Zoll zurück – genauso wenig, wie in allen anderen aktuellen Streitthemen mit Moskau. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit seitens der Kosovo-Albaner am 17. Februar dieses Jahres bot Wisner in mehreren Interviews eine Auslegung der US-Haltung an. Die Kosovo-Frage sei für Washington deswegen wichtig, weil die USA auch für die Sicherheit Europas verantwortlich wären. Russland hingegen, so der lang gediente Diplomat, habe keine derartigen Interessen, es sei nicht einmal ein Nachbar Serbiens, sondern im Gegenteil, weit von Serbien entfernt. Russland und die USA sollten nicht versuchen in die »Vorhöfe« der anderen Seite einzudringen. Moskau versuche aber in Kosovo sich Zutritt zu verschaffen, so dass die USA zeigen werden, dass man so ein Einrücken nicht annehmen werde.

Europas Sicherheit

Wisners geografische Einlassungen sind insofern problematisch, da die USA weitaus entfernter vom Balkan sind als Russland, doch ist seine Direktheit erhel-

lend: In der Sicht der USA ist Russland in Sicherheitsfragen offenbar nicht gefordert, wenn es um europäische Angelegenheit geht. Die Angebote aus dem *State Department* an die Adresse Moskaus beziehen sich auf mögliche gemeinsame sicherheitspolitische Vorhaben im Bezug auf Afghanistan oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, also auf Gebieten, wo ein US-Interesse vorliegt. Aber eben nicht auf Kosovo, oder die Aufstellung von Raketensystemen in Ostmitteleuropa, oder andere Themen, wo, nach der Auffassung Washingtons, Moskau keine Interessen besitzen könnte oder sollte.

Zweifelsohne: Wäre Russland tatsächlich ein Nachbar Serbiens, oder wenn zumindest zwischen Russland und Serbien befreundete Staaten vorhanden wären, die, sollte es notwendig werden, russische militärische Hilfe an Belgrad zulassen würden, dann hätte weder 1999 die NATO-Intervention gegen Serbien noch 2008 die westliche Anerkennung der Sezession der Kosovo-Albaner stattgefunden. Indes, die USA hatten vorgesorgt, wie Moskau schon 1999 schmerzhaft feststellen musste. Die neuen NATO-Mitglieder Rumänien und Ungarn verweigerten damals den Flugzeugen mit Verstärkung für russische Truppen, die den Flughafen Pristina vor der Ankunft der NATO-Truppen eingenommen hatten, die Überflugrechte. Moskaus Überraschungszug, der den Ausgang der NATO-Intervention gegen Serbien zumindest korrigieren sollte, endete in Demütigung: Russische Soldaten auf dem Flughafen Slatina erhielten keinen Nachschub, so dass Russland nach wenigen Wochen seine Truppen in Kosovo dem NATO-Kommando unterstellen musste. Im Jahre 2003 zog Putin die letzten Einheiten aus Bosnien und Kosovo zurück mit der Begründung, dass Moskau die falsche westliche Politik in diesen Krisengebieten nicht mittragen wolle.

Obendrein gab es zu diesem Zeitpunkt in der Region kaum noch politische Flächen, auf die Moskau Einfluss übertragen werden konnte: Russland hatte nach dem Sturz des Regimes Milošević in Serbien keine geeigneten Verbündeten mehr. Selbst die national-konservativen Kräfte hatten noch vor den Augen, wie am 5. Oktober 2000, als Milošević von seiner Polizei und der Armee fallen gelassen wurde, Moskaus Gesandte den Wahlsieger Vojislav Koštunica davon zu überzeugen versuchte, doch einen Kompromiss mit dem alten Regime einzugehen. Miloševićs Bruder (früher sein Botschafter in Moskau), Frau und Sohn genießen bis zum heutigen Tag Asyl in Moskau. Unbehelligt geblieben sind auch serbische Geheimdienstler und Armeeoffiziere, die nach dem Sturz des Despoten in Russland Unterschlupf gefunden haben. Dies ist eine klare Warnung an die pro-westlichen Kräfte in Belgrad: Moskau hält diesen Personenkreis in Reserve für den Fall, dass

sich die Machtverhältnisse in Serbien zugunsten der Anhänger des alten Regimes wieder verschieben.

EU – Serbien – Russland

Nach den Parlaments-, Provinz- und Lokalwahlen in Serbien am 11. Mai könnte es soweit sein. Es besteht durchaus die Aussicht, dass acht Jahre nach dem Sturz Miloševićs seine politischen Nachfolger ihre Chance bekommen. Die westliche Vorgangsweise in der *causa* Kosovo hat den proeuropäischen Kräften die politische Geschäftsgrundlage entzogen: Zwar hat Präsident Boris Tadić (Demokratische Partei – DS) nach seinem hauchdünnen Sieg am 3. Februar 2008 gegen den national-populistischen Gegner Tomislav Nikolić (Serbische Radikale Partei – SRS) auf seine Fahne sowohl den EU-Beitritt wie auch den Erhalt Kosovos in der serbischen Verfassung geschrieben. Diese Position ist indes nicht mehr glaubwürdig, seitdem Paris, London und Berlin Serbien bedeutet haben, dass der EU-Beitritt Serbiens nur bei einem Verzicht auf Kosovo möglich sein wird. Zwar kann diese »Troika« nicht für alle EU-Mitglieder sprechen, da Spanien, Rumänien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern nicht die Absicht haben Kosovo anzuerkennen. Nichtsdestoweniger ist Brüssel, das nach wie vor von einer EU-Beitrittsperspektive für Serbien spricht, in eine Sackgasse geraten: Keine Regierung in Belgrad wird je ein Dokument unterschreiben können, aus dem ihre Anerkennung der Sezession Kosovos hervorgehen könnte. Allerdings: Die Mehrheit der EU-Staaten hat Kosovo anerkannt und deswegen werden diese Staaten keinen Vertrag mit Serbien ratifizieren wollen, in dem der Anspruch auf Kosovo beinhaltet ist.

Die Annäherung Serbiens an die EU scheint somit für eine absehbare Zeit blockiert zu sein – und bei einem politischen Stillstand droht immer auch der Rückfall. Ein sich nicht der EU zubewegendes Serbien wird mehr Nähe zu Russland suchen müssen. Moskau wird nicht müde zu wiederholen, dass Russland, ohne politische Bedingungen zu stellen, Serbien als Freund zu einem der schwierigsten Zeitpunkte in der Geschichte der Nation unterstützt. Russlands NATO-Botschafter Dimitrij Rogosin zeigte sich empört über die westliche »Vergewaltigung Serbiens«, bestätigte aber dass Moskau nach wie vor den EU-Beitritt Serbiens unterstütze, allerdings nicht die Eingliederung in die NATO. Diese Vorlage entspricht auch der Mehrheitsmeinung in Serbien. Deswegen betonen der Populist Nikolić, und auch der politisch dahinsiechende amtierende Ministerpräsident Koštunica, dass sie auf engste Bindungen an Russland setzen, und den EU-Beitritt befürworten, allerdings nur wenn die EU Respekt vor der territorialen Integrität Serbiens zeigt. Da die Auswahl an externen Bündnispartnern für Serbien arg eingeschränkt ist, kann

auch Präsident Tadić die ausgestreckte Hand der »russischen Freunde« nicht abschlagen. Insbesondere weil derzeit ein reales Machtinstrument Moskaus in Südosteuropa Gestalt annimmt.

Serbien und Gasprom

Als Gegenstück zum deutsch-russischen »North Stream« soll die russisch-bulgarisch-ungarisch-italienisch-serbische Erdgasleitung »South Stream« gebaut werden. Damit Serbien Anschluss an dieses Projekt erhält, musste es Anfang des Jahres im selben Paket das staatliche Erdölunternehmen »NIS« unter dem Preis an »Gasprom« verkaufen. Zwar ist das Geschäft noch nicht endgültig abgeschlossen, da das Parlament Serbiens zwischenzeitlich aufgelöst wurde und deswegen den auch noch nicht fertig ausgehandelten Vertrag absegnen kann, aber es gibt gute Gründe anzunehmen, dass jede zukünftige Regierung in Belgrad dieses Geschäft unterstützen wird. Als Gegenleistung für den Einzug von »Gasprom« erhält Serbien russische Erdöl- und Gaslieferungen langfristig zugesagt. Zudem wird der serbische Fiskus aus Transitgebühren im Rahmen des »South Stream« einnehmen. Schon ist die Rede von weiteren russischen Großinvestitionen nicht nur in Serbien, sondern auch im serbischen Teil von Bosnien-Herzegowina. Derzeit entfallen etwa 60 Prozent des serbischen Außenhandels auf EU-Staaten – der größte Einzelexporteur des Landes heißt »US Steel« (Stahlwerk Smederevo) – während Russland etwa 11 Prozent beansprucht. Die Gewichte könnten sich jedoch jetzt rapide zu Gunsten Russlands verlagern. Insgesamt wird zum ersten Mal nach dem Jahre 1948 Moskau tatsächlich wirtschaftlich, politisch und auch sicherheitspolitisch ein wichtiges Wort in Belgrad und in diesem Teil Südosteuropas zu sagen haben.

Kosovo und die Folgen

Unter Anleitung der USA hat der Westen die serbischen Standpunkte und Interessen in der Auseinandersetzung um den zukünftigen Status Kosovos unbeachtet gelassen. Die westliche Politik wurde als »alternativlos« dargestellt, womit von vornherein auch die Berücksichtigung russischer Anliegen ausgeschlossen wurde. Man war höchstens bereit, eine gewisse Verlangsamung der Sezession Kosovos hinzunehmen, um es »den Serben erträglicher zu machen«. Diese unnachgiebige Vorgangsweise fußte vermutlich auf der Einschätzung, dass Serbien politisch und militärisch nicht in der Lage ist, dem Westen Schaden zuzufügen. Genauso wenig wurde Russland für fähig gehalten auf dem Schauplatz Kosovo eigene Vorstellungen durchzusetzen. Beide Annahmen erwiesen sich insofern richtig, als mit der Ausrufung der Unabhängigkeit Kosovos vollendete und unumkehrbare Tatsachen geschaffen wurden. Allerdings kon-

zentriert sich jetzt der serbische Widerstand, mit russischer Hilfe, auf den Brennpunkt, wo ein möglicher westlicher »Sieg« in Kosovo durchaus noch mit erheblichen politischen und militärischen Kosten verbunden sein könnte: den fast ausschließlich serbisch besiedelten nördlichen Zipfel der Provinz um die Stadt Mitrovica. Während das *State Department* darauf hingewiesen hat, dass es als Aufgabe der NATO sieht, die »territoriale Integrität« Kosovos zu schützen, verfolgt Belgrad offensichtlich die Taktik die schon bestehende faktische Abtrennung des Norden zu vertiefen, um die Kosovo-Frage nicht ruhen zu lassen. Ein militärisches Durchgreifen der NATO würde mit großer Wahrscheinlichkeit zum Exodus der Serben aus Kosovo und zu erheb-

lichen internationalen Verwerfungen führen. Moskau hat mehrmals die NATO gewarnt, nicht das Mandat der KFOR zu überschreiten.

In jedem Fall gewinnt Russland in diesem Teil Südosteuropas jetzt just jener Rolle, die die USA verhindern wollten: als unumgängliche Schutzmacht der serbischen Interessen – genauso wie die Amerikaner seit Langem als Patron der Albaner handeln. Es bleibt zu sehen, wie im Spannungsfeld zwischen den USA und Russland die EU künftig ihre Rolle als selbst ernannte *driving force* bei der Konflikttransformation in Kosovo und der Region erfüllen wird: Derzeit sieht es weniger nach einem Erfolg versprechenden Einsatz aus, eher scheint eine Achterbahnfahrt bevorzustehen.

Über den Autor

Dr. Dušan Reljić ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen

Literaturtipps

- Recht und Politik im Kosovo-Konflikt. Ein Online-Dossier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin www.swp-berlin.org
- Ivan Krastev: What to do about Russia's newfound taste for confrontation with the West. Brussels Forum Paper Series, March 2008 http://www.gmfus.org/brusselsforum/2008/doc/krastev_web.pdf

Tabellen und Grafiken zum Text

Der Kosovo und die russische Öffentlichkeit

Russen über die Unabhängigkeit des Kosovo

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.2.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0809/d080922>

Vor einigen Tagen hat das Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien ausgerufen. Wissen Sie etwas darüber?

